

Programm der Partei

DIE RECHTE

Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist. Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die Partei DIE RECHTE oberstes Gebot.

Was die Partei DIE RECHTE durchsetzen will, ergibt sich aus dem alle Politiker verpflichtenden Amtseid, wie er im Artikel 56 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland steht:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Dass deutsche Politik in Deutschland endlich wieder gemäß dieser Vorschrift des Grundgesetzes betrieben wird, ist das Hauptziel unserer Partei.

1. Wahrung der Identität

Deutschland ist ein Land mit tausendjähriger Geschichte, Kultur, zahllosen Traditionen und Dialekten. Diese Eigenschaften prägen die Deutschen und stiften die Identität, um als gemeinsames Volk in einem souveränen Staat leben zu können. Eines unserer Kernanliegen ist, dass die deutsche Identität auch im 21. Jahrhundert und darüber hinaus erhalten bleibt.

Seit einigen Jahrzehnten ist die Selbstaufgabe der deutschen Sprache durch massenhafte Übernahme von Fremdwörtern zu beobachten. Insbesondere durch die Werbung werden immer neue Anglizismen eingeführt und verbreiten sich rasch in Teilen des Volkes. Dies kann nicht nur zu Kommunikationsstörungen führen, sondern bewirkt vor allem ein Verkümmern unserer Muttersprache. Wir treten daher für die Einführung einer Akademie zum Schutz der deutschen Sprache ein, welche neue Worte eindeutsch und bereits verdrängte wiederbelebt. Ein generelles Werbeverbot in ausländischen Sprachen muss erlassen werden und auch die Medien haben sich wieder ausschließlich der deutschen Sprache zu bedienen. Künftige Rechtschreibreformen sind nur noch durch Volksabstimmungen zu legitimieren.

Die deutsche Kultur mit ihren zahlreichen Prägungen ist in der ganzen Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Insbesondere Vereine, die sich mit der Pflege von Traditionen, regionaler oder gesamtdeutscher Geschichte, Kunst und Musik verdient machen, sind staatlich zu fördern. Gleichzeitig sind übermäßige fremde Einflüsse, wie z.B. die Amerikanisierung, zurückzudrängen und durch ein Wiederentdecken der eigenen Kultur zu ersetzen.

Am 21. Okt. 1987 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden: „(...) *Aus dem Währungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten*“. Um dieser Pflicht gerecht zu werden bedarf es der Umkehr der negativen demografischen Entwicklung und auch der Eindämmung ungezügelter Zuwanderung. Wir wollen daher umsetzen, dass die Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern aufgehoben wird. Darüber hinaus bedarf es einer Straffung der Asylverfahren und sofortiger Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags oder Wegfall des Asylgrundes. Ferner muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge um eine eigene Ermittlungsabteilung zur Identitätsklärung von Ausländern erweitert werden, um Asylmissbrauch effektiv entgegenzutreten zu können. Ausländer, die wiederholt oder schwere Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Haftstrafe ausgewiesen werden.

Das deutsche Volk muss durch die Gesetze des eigenen Landes wirkungsvoll vor Übergriffen geschützt werden. Ferner sind alle deutschfeindlichen Übergriffe als ernstzunehmende Bedrohung anzusehen und durch die Behörden und Gerichte zu verfolgen.

Wir stehen für:

- Die Wahrung der deutschen Identität
- Eine Akademie zum Schutz der deutschen Sprache
- Ein Werbeverbot in ausländischen Sprachen
- Volksabstimmungen bei Rechtschreibreformen
- Förderung von Vereinen, welche die deutsche Kultur vermitteln, erhalten oder fördern
- Das Zurückdrängen der Amerikanisierung
- Die Aufhebung der Duldung von Ausländern
- Straffung von Asylverfahren
- Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags oder Wegfall des Asylgrundes
- Eine Ermittlungsabteilung zur Identitätsklärung von Ausländern
- Ausweisung krimineller Ausländer
- Schutz des Volkes vor Übergriffen

2. Kein Verzicht auf berechtigte deutsche Interessen

Alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlands und die Sicherung seiner Zukunft würden sinnlos, wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer "Europäischen Union" aufzulösen. Wir fordern in angemessener Zeit die Zweckmäßigkeit eines weiteren Verbleibs Deutschlands in der Europäischen Währungsunion und ggf. die Möglichkeiten für die Wiedereinführung der Deutschen Mark zu prüfen. Die grenzenlose und nicht mehr von unserem Volk kontrollierte Übertragung von Souveränitätsrechten, insbesondere auch in der Außen- und Verteidigungspolitik, an eine bürgerferne europäische Hoheitsgewalt, die unsere staatliche Eigenverantwortung aufhebt, lehnen wir ab.

Das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen ist für das ganze deutsche Volk ebenso unverzichtbar wie für jedes andere Volk der Welt. Wir wollen dieses Lebensrecht in einem freiheitlichen und demokratischen, sozialen und deutschen Rechtsstaat im Sinne des Grundgesetzes auf der Grundlage eines gleichen Rechts für alle Menschen, Völker und Staaten, sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts, verwirklichen. Die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen. Wir wissen aber auch, dass nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur dieser Lage herbeiführen kann und darf.

Die Bundesrepublik Deutschland hat die Pflicht, deutschen Volksgruppen und Minderheiten Schutz und Fürsorge zu gewähren. Gleichzeitig muss diesen Landsleuten der Weg in die Bundesrepublik auch in Zukunft offen stehen.

3. Gleichberechtigung für Deutschland

Die den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung, in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung, beeinträchtigt unsere Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie. Wir wenden uns dagegen, dass kommende Generationen einer Diskriminierung ausgesetzt bleiben und für Vorgänge verantwortlich gemacht werden, an denen sie nicht mitgewirkt haben.

Wir erinnern daran, dass schwere Kriegsverbrechen auch von den Siegermächten begangen wurden. Das Leiden des Menschen verbietet eine gegenseitige Aufrechnung, aber die Pflicht zur Wahrheit verbietet ebenso das Verschweigen dieser Leiden auch der Deutschen.

Das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten müssen in unserer Rechtsordnung besser geschützt sein. Wer Leistungen und Leiden der Frontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen, verletzt die Menschenwürde der Überlebenden und nimmt Bundeswehrsoldaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unabdingbare Motivation. Wir wenden uns gegen jede Diskriminierung und Entrechtung der Frontsoldaten und gegen jede Schmähung ihrer Gefallenen. Sie erfüllten ihre schwere Pflicht, ohne für das Handeln der politischen Führung verantwortlich zu sein. Deutsche Soldaten dürfen nicht für fremde Interessen und in fernen Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt werden.

4. Familie

Die Familie bildet die kleinste Einheit innerhalb unseres Volkes und sichert dessen Zukunft. Daher sind Familien unter besonderen Schutz zu stellen und gesellschaftlich sowie finanziell nachhaltig zu fördern. Ziel einer überlegten Familienpolitik muss die Entlastung der Eltern, der Mutter im Besonderen, das Wohl des Kindes und die Abwendung der drohenden demografischen Katastrophe sein.

Seit einigen Jahren ist der sogenannte „demografische Wandel“ in den Medien und der Politik angekommen. Immer wieder wird über die daraus resultierenden Auswirkungen berichtet und die im Bundestag vertretenen Parteien versuchen erfolglos die Symptome zu bekämpfen. Dabei ist der Sachverhalt völlig klar, denn die Deutschen bekommen viel zu wenig Kinder und drohen deshalb in solch drastischem Maße zu schrumpfen, dass weder das Sozialsystem, noch die Wirtschaft, geschweige denn das Rentensystem aufrechterhalten werden können. Die demografische Katastrophe ist aber keineswegs besiegelt, vielmehr müssen unverzüglich die Weichen in der Familienpolitik gestellt werden, damit der Sozialstaat und das ganze Volk wieder eine Zukunft haben.

Wir fordern zur Überwindung der Kinderarmut die Einführung eines zinslosen Ehestandsdarlehens in Höhe von 20.000 Euro. Jungen Deutschen wird es so ermöglicht sorgenfrei eine Familie zu gründen. Für jedes geborene Kind erlässt der Staat 5.000 Euro des zuvor geliehenen Geldes und bietet somit jungen Familien eine optimale finanzielle Situation. Dadurch wird nicht nur die Wirtschaft belebt, vielmehr erhöht das Ehestandsdarlehen bereits nach zwei Jahrzehnten die jährlichen Steuereinnahmen.

Selbstverständlich treten wir für eine deutliche steuerliche Entlastung von Familien gegenüber kinderlosen Paaren oder Alleinlebenden ein. Darüber hinaus müssen Eltern gegenüber Kinderlosen auch bei der Zahlung von Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung entlastet

werden. Kindergeld darf nur deutschen Staatsangehörigen und EU-Bürgern gezahlt werden.

Die Gleichberechtigung der Frau muss die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung beinhalten. Die Funktion der Mutter muss als Arbeitsleistung anerkannt und durch ein Müttergehalt entlohnt werden. Das Müttergehalt ist jeder deutschen Frau zu zahlen, die sich zeitweilig oder gänzlich aus dem Berufsleben zurückzieht, um ihre Kinder großzuziehen. Für freiwillig berufstätige Mütter muss eine außerfamiliäre Betreuung der Kinder während der Arbeitszeiten durch staatliche Einrichtungen garantiert werden. Hier hat der Staat den Bedarf an Krippen-, Hort-, und Kindergartenplätzen in ausreichendem Maße zu gewährleisten. Ferner müssen Wiedereingliederungshilfen für Frauen angeboten werden, die nach längeren Pausen in ihren Beruf zurückkehren wollen.

Trotz der dramatischen demografischen Entwicklung werden jährlich noch immer hunderttausende Kinder im Mutterleib durch Abtreibung getötet. Wir fordern, dass Abtreibungen nur noch in wenigen Härtefällen auf Wunsch der werdenden Mütter durchgeführt werden dürfen. Härtefallregelungen können z.B. bei Schwangerschaften aus Sexualdelikten, bei erwiesenen schweren Behinderungen der Kinder oder bei lebensbedrohlichen Gefahren für die werdenden Mütter in Kraft treten.

Da die Familie vom Grundgesetz unter besonderen Schutz gestellt ist, dürfen homosexuelle Partnerschaften, welche die Funktion der Familie nicht ersetzen können, keine rechtliche Gleichstellung erfahren. Wir sind der Auffassung, dass ausschließlich das Leitbild von Vater und Mutter eine gesunde Entwicklung des Kindes gewährleisten kann und lehnen daher das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Lebenspartner, zum Wohl des Kindes, ab.

Unsere zukunftsorientierte Familienpolitik heißt:

- Einführung eines zinslosen Ehestandsdarlehens
- Steuerliche Entlastung von Familien gegenüber Kinderlosen
- Entlastung von Familien bei den Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung
- Kindergeld nur an deutsche Staatsangehörige und EU-Bürger
- Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung
- Zahlung eines angemessenen Müttergehalts
- Bereitstellung von ausreichenden Krippen-, Hort-, und Kindergartenplätzen
- Berufliche Wiedereingliederungshilfen für Mütter
- Beschränkung von Abtreibungen auf besondere Härtefälle
- Keine rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit der Familie
- Adoptionsverbot für homosexuelle Paare

5. Schaffung von Arbeitsplätzen

Wir fordern ein umfassendes Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und für die soziale Sicherheit der deutschen Arbeitnehmer.

Der Staat muss in Zeiten der Rezession umfangreiche Investitionen tätigen sowie Steuern und Abgaben senken. Auch durch staatliche Projekte müssen Arbeitsplätze geschaffen und die Nachfrage gesteigert werden. So werden gleichzeitig Infrastruktur und Standortbedingungen verbessert.

Wichtige Felder im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sind die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gefährdeter Unternehmen (z. B. der Werft- und Stahlindustrie) und die Förderung von Zukunftstechnologien. Auch durch Umweltschutzmaßnahmen, durch Erhaltung und Wiederherstellung der historischen Substanz unserer Städte und Dörfer, durch freiwilligen Jugenddienst im Sozial- und Umweltbereich können Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies kann nur mit wirksamer staatlicher Unterstützung erfolgen.

6. Der Bürger im Mittelpunkt

Die Unantastbarkeit der Rechte jedes einzelnen Bürgers, die Beachtung seiner Menschenwürde und die Respektierung seiner Grundrechte sind der unbedingte Kern freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit. Wir wehren uns leidenschaftlich gegen Bestrebungen, den politisch Andersdenkenden zu verteufeln, an die Stelle von Argumentation und Diskussion die Gewaltanwendung zu setzen, Rechtsbrüche als "politisch" zulässig zu entschuldigen, die Verfassung durch eine "Verfassungswirklichkeit", die von Sinn und Wortlaut des Grundgesetzes abweicht, zu ersetzen und eine andere Republik, Rechts- und Staatsordnung herbeizuzwingen. Die Wertordnung, die unsere Verfassung verbürgen will, muss verwirklicht werden.

Wir wollen, dass der Bürger sich nicht zum Spielball der Bürokratie herabgewürdigt sieht. Die Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen ist überfällig. Unerträglich sind Steuergeldverschwendung und weitgehende Finanzierung von Parteien aus der Steuerkasse. Die Überversorgung von Parlamentsabgeordneten muss ein Ende haben. Der Abbau von Privilegien ist ein Gebot der Demokratie.

7. Sicherung der Renten und Sozialleistungen

Deutschland darf nicht länger Zahlmeister für fremde Interessen sein. Wir erstreben eine drastische Kürzung überhöhter Ausgaben für das Ausland, auch für die Europäische Union. Wir bejahen gezielte Entwicklungshilfe. Wir lehnen aber Entwicklungshilfe ab, soweit die vom deutschen Steuerzahler erarbeiteten Entwicklungsleistungen zur Stärkung einer die Menschenrechte verletzenden Politik oder gegen berechnete deutsche Interessen eingesetzt werden. Unabhängig davon befürworten wir die Verwendung von Lebensmittelüberschüssen der Europäischen Gemeinschaft zur Linderung von Hungersnöten in der Dritten Welt.

Die so gesparten Gelder sind zur Beitragsentlastung der Arbeitnehmer und zur Sicherung der Renten und Sozialleistungen zu verwenden. Kindererziehungszeiten müssen allen Müttern angerechnet werden. Dem Staat kommt die Pflicht zu, durch angemessene Zuschüsse eine lebenswerte Existenz der Bürger zu gewährleisten. Die "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (Artikel 72 Grundgesetz) muss verwirklicht werden.

8. Schutz vor Kriminellen

Wir befürworten eine Verschärfung von Gesetzen zur Bekämpfung schwerster Kapitalverbrechen, beispielsweise Menschenraub und Rauschgifthandel. Wir wenden uns dagegen, dass Strafrecht und Strafvollzug aufgeweicht werden. Wir fordern Gesetzgeber und Behörden auf, dem Missbrauch des Demonstrationsrechts zur Begehung von Straftaten und zur Ausschaltung von Grundrechten des politischen Gegners ein Ende zu bereiten. Wir befürworten die Wiedereinführung des alten Straftatbestandes des Landfriedensbruchs, dessen Abschaffung dem Straßenterror Tür und Tor öffnete. Unser Anliegen sind verbesserte staatliche Hilfen für Opfer von Kriminellen.

Um die Sicherheit der Bürger zu gewährleisten, bedarf es einer handlungsfähigen, hinreichend ausgerüsteten Polizei, die nicht länger Prügelknabe einer verfehlten Politik sein darf.

9. Hilfe für den Mittelstand und den deutschen Bauern

Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist sorgfältig zu prüfen, ob und inwieweit diese am erfolgreichsten durch deutsche Firmen und zugunsten der deutschen Volkswirtschaft durchgeführt werden können. Wir erstreben vermehrte Investitionsanreize und Steuererleichterung für Handwerksbetriebe und mittelständische Unternehmen. Unser besonderes Anliegen ist ihr Schutz

vor übermäßiger ausländischer Konkurrenz. Auch und gerade im Rahmen der freien und sozialen Marktwirtschaft sind Umschuldungsprogramme mit Zinsverbilligung für bedrohte Firmen sinnvoll und notwendig.

Die deutsche Landwirtschaft musste für die Europäische Union die größten Opfer bringen. Ungeachtet aller Tüchtigkeit unserer Bauern und einer vordem undenkbaren Produktivität werden immer mehr landwirtschaftliche Betriebe mit zunehmender Verschuldung in die Existenzkrise und zur Selbstaufgabe getrieben. Wir haben die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes, einschließlich des Zuerwerbsbetriebs, zum Ziel und fordern die Abkehr von der EU-Massenproduktion in Agrarfabriken. Die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel ist zu fördern. Unter anderem durch eine umfassende staatliche Entschuldungsaktion muss der Vernichtung des Bauerntums Einhalt geboten werden.

10. Demokratie

Demokratie ist die politische Form der Freiheit, in der das Volk die alleinige Macht innehat. Dementsprechend ist die Demokratie kein Selbstläufer, da die damit einhergehende politische Freiheit immer wieder aufs Neue erkämpft werden muss. Gerade in Deutschland ist aber seit vielen Jahren eine negative Entwicklung in der Handhabung der Demokratie zu beobachten. Sowohl die vom Volke gewählten Regierungen, als auch die im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien nehmen oftmals ihren Wählerauftrag nicht mehr ernst. Immer wieder werden politische Beschlüsse erlassen oder Gesetze verabschiedet, die nicht dem Wählerinteresse entsprechen oder gar gegen politische Mehrheiten stehen. Zunehmend werden gegen erlassene Gesetze Rechtsmittel eingelegt und vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt. Damit die Demokratie die politische Form der Freiheit bleiben kann, muss dem deutschen Bürger die Möglichkeit eingeräumt werden, nicht nur gegen Gesetze und Beschlüsse Rechtsmittel einlegen, sondern auch konstruktiv an politischen Entscheidungen mitwirken zu können.

Wir treten daher für eine verstärkte Teilnahme des Bürgers an politischen Entscheidungen ein und sehen Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene als notwendige Instrumente an, die Bürger in wesentlichen Fragen mitbestimmen zu lassen und den Willen der Mehrheit zu berücksichtigen. Wir meinen, dass der oberste Grundsatz unserer Verfassung, die freiheitliche demokratische Grundordnung, so mit Leben erfüllt und dem Bürger nähergebracht werden kann.

Jeder politischen Partei, ohne Rücksicht auf ihre Größe, ist entsprechend dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes die Chance zur Mitwirkung an der Staatswillensbildung zu eröffnen und offen zu halten, solange ihre Ziele und Aktivitäten mit unserer Verfassung in Übereinstimmung stehen. Daher muss auch die 5-Prozent-Hürde auf Bundes- und Landesebene aufgehoben werden.

Das vom deutschen Gebührenzahler finanzierte Programm im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen, aber auch das der privaten Anbieter, hat sich an den Werten des Grundgesetzes auszurichten. Es ist untragbar, dass im deutschen Rundfunk und Fernsehen überwiegend einseitige Meinungsbildung im Sinne der Regierenden betrieben wird.

Auch haben alle Sendungen auf das sittliche und moralische Empfinden der Mehrheit der Bürger Rücksicht zu nehmen. Fremde Einflüsse auf unsere Kultur müssen auf ein vernünftiges Maß beschränkt werden. Deutsche Künstler sind leistungsgerecht zu fördern. Wir erstreben eine Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehrate durch die Bevölkerung.

Das höchste Amt im deutschen Staat bekleidet der Bundespräsident. Auch in diesem Fall ist eine Direktwahl des Präsidenten durch das deutsche Volk unerlässlich. Nur auf diese Weise kann ein geeigneter und über die Parteienpolitik erhabener Würdenträger mit der Mehrheit der Wähler legitimiert werden. Selbstverständlich bedarf ein durch das Volk gewählter Präsident weiterer

Befugnisse und Funktionen.

Zurzeit werden die Bundesverfassungsrichter jeweils zu 50% von einem aus 12 Personen bestehenden Wahlausschuss des Deutschen Bundestags und zu weiteren 50% vom Bundesrat bestimmt. Da Richter, insbesondere die Bundesverfassungsrichter, die natürlichen Gegenspieler der Politik sind, muss auch hier eine Direktwahl durch das deutsche Volk stattfinden. Nur so kann eine wirkliche Unabhängigkeit der Richter garantiert und dem im Grundgesetz verankerten Gedanken der Gewaltenteilung gerecht geworden werden.

Geben wir dem deutschen Volk die alleinige Macht zurück und schaffen echte politische Freiheit durch Demokratie!

Daher stehen wir für:

- Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
- Die Aufhebung der 5-Prozent-Hürde auf Bundes- und Landesebene
- Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte, sowie Kontrolle der privaten Anbieter
- Direktwahl des Bundespräsidenten
- Direktwahl der Bundesverfassungsrichter

11. Umweltschutz

Grundsätzlich ist der Umweltschutz in drei Gruppen zu unterteilen. Hier wird zwischen Klima-, Wald-, und Gewässerschutz differenziert, wobei natürlich viele Faktoren untereinander Wechselwirkungen haben. Eine besondere Rolle nimmt die Energiepolitik ein, obwohl sie essenzieller Bestandteil des Klimaschutzes ist. Daher wird die Energiepolitik in unserem Parteiprogramm gesondert behandelt.

Im Sinne des Klimaschutzes ist es notwendig, dass der Waren- und Güterverkehr im großen Umfang von der Straße auf Wasserwege und Gleise verlagert wird. Hier ist von der Politik eine entsprechende Infrastruktur zu schaffen, um nachhaltig die Emissionen zu senken. Weiterhin sollen die Transportwege durch eine Regionalisierung der Verbrauchsgüter minimiert werden. Insbesondere in der Nahrungsmittelversorgung kann so ein großer Teil der Emissionen verhindert werden; zudem werden neue Arbeitsplätze in der jeweiligen Region geschaffen. Heimische Produkte sind durch Steuervergünstigungen zu fördern, Importe aus Ländern mit fehlendem und unzureichendem Umweltschutz sind höher zu besteuern.

Der Staat hat durch umfangreiche Förderung der Forschung, als auch durch die Vorgabe neuer Rahmenbedingungen, die Senkung von Emissionen im Individualverkehr voranzutreiben. Öffentliche Verkehrsmittel müssen weiter ausgebaut werden, aber auch effizienter und flexibler dem jeweiligen Bedarf angepasst werden.

Vermeiden von Abfall ist eine wichtige Maßnahme zum Klimaschutz. Zum Beispiel werden rund 50 % der Lebensmittel, welche in Industriestaaten hergestellt werden, ungenutzt weggeworfen. Durch eine umfassende Aufklärung des Volkes durch die Medien, kann solcher Abfall deutlich reduziert werden, was helfen würde die Emissionen im erheblichen Maße zu senken.

Nachhaltigere Forstwirtschaft dient dem Waldschutz; dabei dürfen keine Monokulturen schnell wachsender Bäume der Regelfall sein. Vielmehr müssen Mischwälder entstehen, um einen natürlichen Lebensraum für Tiere und Pflanzen zu schaffen. Eine Gesundung des deutschen Waldes führt zu weniger Schadinsekten und Pilzschäden, die den Bäumen zusetzen. Um den Wechsel von Holzfabriken zu gesunden Mischwäldern zu schaffen, müssen Produkte aus nachhaltiger Holzproduktion als solche gekennzeichnet werden. Wir fordern zudem, dass 5% der deutschen Waldfläche sich selbst überlassen werden, damit Urwälder entstehen, die seltenen Tieren und Pflanzen eine Heimat geben können. Doch Waldschutz muss auch global betrieben werden, so hat sich die deutsche Politik für den Schutz der lebenswichtigen Regenwälder

einzusetzen.

Die zunehmende Flächenversiegelung durch Neubebauung ist einzugrenzen, vielmehr müssen bereits gebaute, aber brachliegende Gebäude abgerissen werden, um Platz für Neubauten zu schaffen. Der Wüstenbildung unter den Städten ist durch vermehrten Einsatz von Sickergruben Einhalt zu gebieten. Der Gewässer- und Grundwasserschutz ist durch eine Begrenzung in der Auswahl und Menge der zu verwendenden Pesti- und Fungizide zu verbessern. Umweltverstöße sind konsequent und empfindlich zu ahnden. Der Rückbau von Flüssen muss weiter vorangetrieben werden, damit sich die Fischbestände weiter erholen können. Die Klärung von Abwässern sollte zunehmend dezentral umgesetzt werden.

Wir fordern zum Schutze der Umwelt:

- Dass der Waren- und Güterverkehr vermehrt auf Wasserwegen und Gleisen stattfindet
- Dass überwiegend regionale Nahrungsmittel verbraucht werden
- Dass heimische Produkte steuervergünstigt werden
- Verstärkte Forschung und gesetzliche Rahmenbedingungen zu Reduktion von Emissionen
- Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, bei erhöhter Wirtschaftlichkeit
- Umfassende Medienkampagne zur Vermeidung von unnötigem Abfall
- Mischwälder statt Monokulturen
- Kennzeichnung von Produkten aus nachhaltiger Holzwirtschaft
- Dass aus 5 % der deutschen Waldfläche Urwälder entstehen können
- Dass die Politik sich intensiv für den Schutz der Regenwälder einsetzt
- Weniger Flächenversiegelung durch Neubebauungen
- Sickergruben zum Grundwasserschutz
- Begrenzung in Menge und Art von Pesti- und Fungiziden
- Weiteren Rückbau von Flüssen
- Vermehrte dezentrale Abwasserklärung

12. Tierschutz

Der Tierschutz stellt den Menschen sowohl in der Nutztierhaltung, als auch beim Schutz der Wildtiere vor große Aufgaben. Wildlebende und gehaltene Tiere sind als Mitlebewesen anzuerkennen, zu schützen und zu behüten. Die Artenvielfalt der Tiere und deren Lebensraum müssen durch direkte Maßnahmen wie Prävention, Schadensbegrenzung, Ausgleichsmaßnahmen und Schutzgebiete erhalten werden. Dabei fällt nicht nur dem Staat sondern auch Tierschutzverbänden und Vereinen eine besondere Verantwortung zu. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, dass endlich den Tierschutzverbänden ein Klagerecht eingeräumt wird.

Eine angemessene Haltung von Nutztieren muss eine wichtige Stellung im Tierschutz einnehmen. Nach dem bereits 2010 erfolgtem Verbot der Käfighaltung von Legehennen muss auch die ähnlich schlechte Kleingruppenhaltung von Hühnern verboten werden.

Um den Bedarf der Verbraucher zu decken, werden in der Landwirtschaft oftmals Massentierhaltungen eingesetzt. Die Haltungsbedingungen in solchen Tierfabriken können nie artgerecht sein. Hier fordern wir eine umfassende, mediale Aufklärung des Verbrauchers über die Haltungsbedingungen, den Qualitätsverlust der Produkte und die Leiden der Tiere. Ferner müssen alle Produkte aus der Massentierhaltung als solche deutlich sichtbar gekennzeichnet werden. Wir sind davon überzeugt, dass es nur durch die Irreführung des Verbrauchers möglich ist, dass eine Massentierhaltung in der ausufernden, aktuellen Form möglich ist. Durch nachhaltige Aufklärung und Kennzeichnungspflicht der Produkte wird sich der Verbraucher von der Massentierhaltung abwenden, was zwangsläufig zu besseren Haltungsbedingungen führt.

Zur Bekämpfung der zunehmenden Unwirksamkeit von Antibiotika beim Menschen, fordern wir, dass eine streng kontrollierte Abgabe von Antibiotika an Nutztiere nur noch durch die Anweisung

eines Tierarztes erfolgen darf. Ferner müssen zum Schutz des Menschen und der Tiere enge Maßstäbe an die Qualität von Futtermitteln angelegt werden.

Das Töten der Tiere darf nur zu sinnvollen Zwecken erfolgen und muss so kurz und schmerzlos wie möglich erfolgen. Hier muss der Tierschutz über die Religionsfreiheit gestellt werden und somit ist das qualvolle Schächten von Tieren ausnahmslos zu verbieten. Zudem ist in der konventionellen Fischerei der ungewünschte Beifang zügig wieder auszusetzen, um unnötige Schäden am Fischbestand zu vermeiden.

Ein umgehendes, striktes und kompromissloses Verbot der Anwendung von Gentechnik an Tieren muss erlassen werden, da die Folgen für Mensch und Tier nicht absehbar sind. Tierversuche müssen auf die notwendigsten medizinischen Forschungen beschränkt werden und dürfen nicht mehr für z.B. kosmetische Zwecke durchgeführt werden. Tiere haben Rechte; diese sind als Mindeststandards für die Haltung und den Umgang gesetzlich zu definieren.

Wir fordern:

- Artenvielfalt der Tiere erhalten
- Angemessene Haltungsbedingungen für Nutztiere
- Klagerecht für Tierschutzverbände und -vereine
- Angemessene Haltungsbedingungen für Nutztiere
- Verbot der Kleingruppenhaltung von Hühnern
- Weg von der Massentierhaltung
- Tierärztliche Vergabe von Antibiotika an Nutztiere
- Strenge Kontrolle der Qualität von Futtermitteln
- Ausnahmsloses Verbot des Schächtens von Tieren
- Verbot der Gentechnik
- Beschränkung von Tierversuchen auf eng notwendige medizinische Zwecke
- Tierrechte als gesetzliche Handlungsgrundlage

13. Energiepolitik

Die Kernaufgabe in der Energiepolitik besteht einerseits in der Gewährleistung, die Grundversorgung des Volkes aufrecht zu erhalten, andererseits den Wandel von umweltschädlichen, konventionellen Energiegewinnungsverfahren zu erneuerbaren Energien zu vollziehen. Im Jahr 2010 bestand die Energiezusammensetzung in Deutschland zu 9,4% aus erneuerbaren Energien, während die Kernenergie mit 10,9% vertreten war und die übrigen rund 80% aus fossilen Brennstoffen wie Kohle, Gas und Öl zusammengesetzt waren.

Wir lehnen die Atomenergie aufgrund ihrer unkalkulierbaren Gefahren für die Umwelt und den Menschen grundsätzlich ab. Seit den 60er Jahren wird in Deutschland Energie mit Hilfe der Atomkraft hergestellt, dabei entstehen jedes Jahr 400 Tonnen hochradioaktive abgebrannte Brennelemente. Sowohl beim Uranabbau, als auch im Normalbetrieb der Kraftwerke sind Gesundheitsschäden beim Menschen nachzuweisen. Nach den verheerenden Atomunfällen in Tschernobyl und Fukushima muss der Atomausstieg in Deutschland oberste Priorität haben, insbesondere, da es bisher weltweit kein einziges Endlager für den giftigen und radioaktiven Müll gibt. Deshalb fordern wir den bereits beschlossenen Atomausstieg konsequent und ohne Ausnahme umzusetzen.

Fossile Brennstoffe sind nicht nur endlich, sondern schädigen auch massiv das Klima. Die weltweite Nachfrage nach fossilen Brennstoffen wird in den nächsten Jahren dramatisch steigen, was zu einer zunehmenden Verknappung, unkalkulierbaren Versorgungsrisiken und dramatischen Preissteigerungen führen wird. Aus diesen Gründen ist der Umstieg auf regenerative Energien unausweichlich, sichert gleichzeitig die Grundversorgung, schafft Arbeitsplätze in der Forschung und Produktion, hält das Preisniveau stabil und fördert die Exportwirtschaft. Deutschland muss

weiter Vorreiter in der Forschung und Produktion der regenerativen Technologien sein und diesen Vorsprung weiter ausbauen.

Darüber hinaus muss der Staat durch die Förderung von Forschung und der Vorgabe von Rahmenbedingungen die Energieeffizienz von neuen Geräten und Maschinen erhöhen, um so den Energiebedarf zu senken. Kartelle, die im Energiebereich entstanden sind, müssen zerschlagen werden, Strafgelder sollen der Erforschung erneuerbarer Technologien zugutekommen. Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung sollen vermehrt staatlich gefördert werden, müssen dennoch in einem vernünftigen Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit stehen und für den Bürger bezahlbar bleiben. Bestandsschutz für Altanlagen muss gewährleistet bleiben.

Durch den Wandel zu erneuerbaren Energien muss das Stromnetz umgebaut werden. Hier ist bereits der Baubeginn einer ersten Nord-Süd-Trasse, mit der Stromleistung von 380.000 Kilowatt, für das Jahr 2015 geplant. Wir fordern, dass diese Trasse in der Nähe von bewohnten Gebieten, zum Schutz des Volkes, mit Erdkabeln realisiert wird.

Ein wesentlicher Bestandteil der Abfallvermeidung, der Schonung von Ressourcen und der Energieeinsparung ist die Wiederaufarbeitung von Materialien, auch Recycling genannt. Das Wiederverwenden und Verwerten von Gütern und Materialien muss weiter ausgebaut werden. Der massenhafte Abverkauf von wertvollen Rohstoffen in das Ausland ist einzudämmen.

Unsere Energiepolitik bedeutet:

- Atomausstieg umsetzen
- Weg von fossilen Brennstoffen
- Förderung und Ausbau der Forschung und Produktion von regenerativen Technologien
- Stabile Energiepreise
- Energieeffizientere Geräte und Maschinen
- Zerschlagung der Energiekartelle
- Staatlich geförderte und bezahlbare Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung
- Bestandsschutz für Altanlagen
- Verlegung von Erdkabeln in bewohnten Gebieten beim Bau von Hochleistungsstromnetzen
- Förderung des Recyclings
- Eindämmung des Abverkaufs von wertvollen Rohstoffen

14. Bildung

Da die Rohstoffvorkommen in Deutschland sehr beschränkt sind, ist es vor allem die Bildung, auf welcher der Wohlstand unseres Landes basiert. Dennoch ist gerade auf dem Bildungssektor eine ausgesprochene politische Experimentierfreudigkeit zu beobachten, die nicht nur immer neue Schnellschüsse hervorbringt und Unsummen von Steuergeld verbrennt, sondern auch das deutsche Bildungssystem nachhaltig schädigt. Daher fordern wir vor allem einen besonnenen Umgang mit der Bildung. Grundlage der Vermittlung von Bildung ist die Kommunikation; Schüler, welche die deutsche Sprache nicht oder nur unzureichend beherrschen müssen in dafür geeigneten Förderschulen unterrichtet werden.

Ziel der schulischen Bildung muss eine umfassende Allgemeinbildung sein, in der die geistigen, kulturellen, sozialen und lebenspraktischen Fähigkeiten erweitert werden. Unserer Auffassung nach müssen dabei die individuellen Anlagen der Schüler frühzeitig erkannt werden, um sie bereits während der Schullaufbahn zu fördern. Durch solche Förderungen werden den Schülern neue Perspektiven aufgezeigt, die das allgemeine Lerninteresse erhöhen und somit den schulischen Erfolg steigern.

Unserer Auffassung nach muss die vierjährige Grundschule in ein mehrgliedriges Schul- und Bildungssystem münden, welches aus der Haupt- und Realschule sowie dem Gymnasium besteht.

Die Schullaufbahn muss von den Eltern eng begleitet werden. Daher sind die Schulen angehalten mit den Eltern Rücksprache zu halten, sie regelmäßig zu informieren, nach Möglichkeit einzubeziehen und nötigenfalls Hilfestellung zu leisten.

Wir lehnen die Einführung des Islamunterrichts an deutschen Schulen strikt ab, da dieser nicht im Einklang mit den abendländischen Werten unserer Kultur steht. Dagegen fordern wir, dass umfassende Kenntnisse über Demokratie, deutsche Kultur, Sprache und Geschichte vermittelt werden, auch im Hinblick darauf, die Liebe zu Heimat und Volk zu fördern. Ferner ist ein besonderer Schwerpunkt auf die Vermittlung von Mathematik zu legen, da diese Wissenschaft im späteren Berufsleben oftmals unentbehrlich ist. Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, dass keines der Schulfächer wegrationalisiert werden darf; die notwendige Finanzierung der schulischen Bildung ist durch den Staat sicherzustellen.

Schulische Unternehmungen, wie Ausflüge und Klassenfahrten, sowie Anschaffungen von notwendigen Schulbüchern und Materialien sind jedem Schüler unabhängig von dem finanziellen Familienhintergrund zu gewährleisten. Hier muss ein staatlicher Sozialfonds geschaffen werden, der sozial schwachen Familien unbürokratisch und schnell alle notwendigen Kosten erstattet.

Studiengebühren lehnen wir für die Regelstudienzeit ab. Nur so kann wirkliche Chancengleichheit gewährleistet sein und zudem wird der Anreiz gegeben, das Studium innerhalb dieser Zeit abzuschließen. Ausländische Studenten müssen an deutschen Hochschulen und Universitäten Studiengebühren zahlen. Das bewährte und weltweit anerkannte Diplom ist zum Nachteil der Master- und Bachelorabschlüsse wieder einzuführen; der Verschulung des Studiums ist entgegenzutreten.

Der zweite Bildungsweg ist staatlich zu fördern und ggf. durch die Agentur für Arbeit zu vermitteln.

Unsere Bildungspolitik heißt:

- Besonnener Umgang mit der Bildung
- Spezielle Förderschulen für Kinder die nicht oder nur unzureichend Deutsch sprechen
- Umfassende Allgemeinbildung
- Förderung der individuellen Anlagen von Schülern
- Mehrgliedriges Schul- und Bildungssystem
- Enge Zusammenarbeit mit den Eltern
- Kein Islamunterricht
- Demokratie-, Kultur-, Sprach-, Geschichtsförderung
- Schwerpunkt Mathematik
- Keine Rationalisierung von Schulfächern
- Sozialfonds für finanziell benachteiligte Familien
- Keine Studiengebühren während der Regelstudienzeit
- Studiengebühren für ausländische Studenten
- Wiedereinführung des Diploms an Hochschulen und Universitäten
- Keine Verschulung des Studiums
- Förderung des zweiten Bildungsweges

15. Europa

Wir stehen für einen starken Europäischen Verbund, in dem jedes Volk nach seiner eigenen, natürlich gewachsenen Ordnung leben kann. Basierend auf den gemeinsamen abendländischen Werten, muss Demokratie, Recht und Freiheit das oberste Ziel dieses neuen Europas sein.

Die Europäische Union hingegen ist als Politik der Obrigkeit, als organisierte Ausbeutung der Bürger, Wegbereiter des internationalen Kapitalismus und übermächtiges, bürokratisches Gebilde zu erleben. Immer weiter entfernt sich die Europäische Union von Rechtsstaatlichkeit und

Demokratie, zugunsten der Interessen von Oligarchen und Lobbyisten. Zunehmend wird nationale Souveränität an die Brüsseler Bürokraten abgegeben; eine kritische Auseinandersetzung mit der EU findet weder in der Politik noch in den Medien statt.

Dabei wird die Macht der EU oftmals unterschätzt, denn schon zwischen den Jahren 1998 und 2004 kamen 84 % aller in Deutschland erlassenen Gesetze von der Europäischen Union und nur noch die restlichen 16 % sind aufgrund deutscher Eigeninitiative entstanden. Das schleichende Ziel von EU-Befürwortern, einen europäischen Staat mit einem europäischen Volk zu schaffen, verstößt gegen das Völkerrecht und ist somit ein Verbrechen. Wir lehnen die EU in der entarteten Form samt ihrer diktatorischen Züge strikt ab.

Dabei sind wir keineswegs Europagegner; vielmehr liegt unser Streben in der Verwirklichung eines sozial gerechten Europas, welches auf souveränen Nationalstaaten basiert. Der Europäische Verbund hat seine Grundlage in der gemeinsamen abendländischen Kultur und ist geografisch auf den Kontinent Europa begrenzt. Aus diesem Grund können keine außereuropäischen und islamischen Staaten dem Bund beitreten.

Die Vielfalt europäischer Völker, Sprachen und Traditionen sind eine Bereicherung und deren Erhaltung ist fester Bestandteil des Europäischen Verbunds. Um die dafür benötigten souveränen Staaten zu stärken, bedarf es der Einführung nationaler Währungshoheiten. Zudem sind staatliche Grenzkontrollen notwendig, um eine effektive Bekämpfung von illegaler Einwanderung und internationaler Kriminalität gewährleisten zu können. Eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Verbundstaaten muss gegeben sein, daher ist von der Erhebung von Zöllen zwischen den Verbundländern abzusehen.

Über die Aufnahme eines Landes in den Europäischen Verbund, haben nur die Mitgliedsstaaten zu entscheiden; jedem Verbundland muss der Austritt stets möglich sein. Um den Verbund sowohl nach innen, als auch nach außen vertreten zu können, bedarf es eines Verbundparlaments, welches gesamteuropäische Entscheidungen in demokratischen Abstimmungsverfahren zu treffen hat. Jedes Mitgliedsland muss dabei das Recht haben, per Parlamentsbeschluss und per Volksabstimmung einzelne Entscheidungen nicht mitzutragen. Darüber hinaus sind weitere Institutionen wie z.B. ein Verbundsgericht und eine gemeinsame Verteidigungsarmee zu schaffen. Die Kosten für alle europäischen Institutionen sind von den Mitgliedsländern anteilig ihrer Einwohner zu tragen. Dieselbe Bemessungsgrundlage dient auch bei der Vergabe von Abgeordneten- und Mitarbeiterplätzen der jeweiligen Einrichtungen.

Unsere Europapolitik bedeutet:

- Souveräne Nationalstaaten im Europäischen Verbund
- Geografische und kulturelle Grenzen Europas einzuhalten
- Erhaltung der europäischen Vielfalt von Völkern, Sprachen und Traditionen
- Nationale Währungshoheiten und Grenzkontrollen
- Enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Verbundländer
- Gemeinsame Vertretung der Mitgliedsstaaten
- Gerechte Verteilung von Kosten und Einfluss
- Gemeinsame Verteidigungsarmee

- Vielen Dank für Ihr Interesse an unserem Parteiprogramm -

Änderung des Parteiprogrammes: Bundesparteitag 28.10.2017 / Die Änderungen treten mit Beschlussfassung in Kraft.